

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Kleinste Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 2 Mk. ohne Zusatzen. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindevorstands-Strohkonto Nr. 3. — Postfachkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreis: Die Leihspalten 10 Pf. oberhalb der Hauptmannschaft 2 Pf. im amtlichen Fall (nur von Behörden) die Zeile 200 Pf. — Einzelne und Reklamen 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Sebne. — Druck und Verlag: Carl Sebne in Dippoldiswalde.

Nr. 296

Dienstag den 20. Dezember 1921

87. Jahrgang

Vertikales und Sächsisches

Dippoldiswalde. Die Versammlung des Landwirtschaftlichen Vereins am vergangenen Sonnabend war trotz des herrschenden Sturm- und Regenwetters erfreulicherweise recht zahlreich besucht. Es zeigte sich, daß auch einheimische Redner, die aus der Praxis der eigenen Wirtschaft sprechen können, wohl imstande sind, die Vereinsangehörigen zu fesseln, und daß es nicht immer auswärtige Herren sein müssen. Nach Eröffnung der Versammlung und Begrüßung durch den Vorsitzenden, Herrn Dekonomierat Weide, teilte derselbe zunächst die verschiedensten Eingänge mit. Gegen die Absicht, den einzigen kaltblütigen Hengst der hiesigen Beschälstation einzuziehen, sollen Vorstellungen erhoben werden. Vorträge wurden angeboten über Jagdpachtverträge, auf den man gegebenenfalls zurückkommen will, sowie ein solcher des Herrn Dr. König vom landwirtschaftlichen Kreisverein mit Lichtbildern über Flachsbaum, der, da er gegen 200 Mk. Kosten verursachen wird, vielleicht zusammen mit den umliegenden Vereinen abgehalten werden kann. Nach Anmeldung neuer Mitglieder hielt Herr Borwerkbesitzer Jädel auf Grund eines Zeitungsartikels einen Vortrag über Bodenbearbeitung und Bodengare und schloß in denselben seine vielfachen Erfahrungen und Beobachtungen ein, die großen Beifall und eine ausgedehnte, anregende Debatte hervorriefen. Nach kurzer Pause referierte der Herr Vorsitzende über das neuerschienene Buch: Argentinus, Briefe eines Bankdirektors an seinen Sohn (Bant-Verlag in Berlin, 1921), in dem die ganze Geldkrise Deutschlands geschildert wird, die mit der Ripper- und Wipperzeit bei Beginn des 30jährigen Krieges, der während der ersten französischen Revolution oder der während des nordamerikanischen Sezessionskrieges in den vergangenen 60er Jahren verzweifelte Ähnlichkeit hat. Beiden Rednern wurde lauter Dank. — Die nächste Versammlung im Januar wird die Hauptversammlung sein, in der Vorstandswahl, Kasienbericht usw. zu erledigen sind. Außerdem wird auch ein Vortrag über Motoren gehalten werden.

Dippoldiswalde, 13. Dezember. Heute vor 25 Jahren entstand früh 1/21 Uhr ein Brand in der Maschinenfabrik, der aber von den Feuerwehren bald gelöscht werden konnte. Es war eine bitterkalte Nacht. Aus dem Wühlgraben wurde das Wasser mit Eimern geschöpft. Was daneben lief, gestor im Sandumdrehen. Und mancher Feuerwehrmann verschwand auf 5 Minuten in der „Sengschente“, um sich durch einen Schnaps zu erwärmen.

Auch am gestrigen Sonntage herrschte ein fürchterlicher Sturm, der den Aufenthalt im Freien höchst ungemütlich, wenn nicht ganz unmöglich machte. Auf den Besuch in unserer Stadt hatte das Wetter natürlich großen Einfluß und wird der „goldene Sonntag“ kaum den Erwartungen vieler Geschäftshaber entsprechen haben, — leider! Manche sind allerdings auch recht zufrieden mit dem Geschäft gewesen, wenn sie auch meinen, daß Schiltenbahn noch mehr Käufer gebracht hätte. — An Dächern und Säunen richtete der Sturm wieder großen Schaden an.

Am 13. Dezember hielt die Ortsgruppe Dippoldiswalde des Vereins der Klein- und Mittelrentner Sachsens im Gasthof „zum roten Hirsch“ ihre sehr gut besuchte Jahresversammlung ab. Die Rentner haben seit zwei Jahren eingesehen, daß nur seltener Zusammenfluß ihren ehrenwerten Stand vor gänzlicher Zermalnung retten kann. Großen Organisationen wohnt auch große Stohkraft inne, der Massenstreik findet stets williges Gehör, während die Stimme des einzelnen ungehört verhallt. Jetzt, wo die Zahl der organisierten Rentner das erste Hunderttausend überschritten hat, sangen der Reichstag, die Landtage, die Regierungen und die städtischen Behörden langsam an, den um Hilfe schreienden Eingaben der rührigen Landesverbände mehr und mehr Beachtung zu schenken und sich zu praktischer Hilfeleistung aufzuraffen. Man beginnt einzusehen, daß der Rentner ein vollberechtigtes Glied des Staates ist, den er in übersichtlicher Arbeit mit aufbauen half, und dem er willig seine Spargroschen lieh, als es ums Ganze ging. Diejenigen, welche im Rentner einen verächtlichen Kapitalisten erblicken, vergessen ganz, daß er sich von unten heraufarbeitete, daß er meist in vierzehnstündiger Tagesarbeit schütete nur um für seinen Lebensabend soviel Zinseinkommen zu haben, daß er dann als Selbstpensionär ja nicht den Staat und die Gemeinde zu belasten nötig hätte. Alle die, welche immer wieder den Rentner übel einschätzen, sollten doch bedenken, daß auch für sie dereinst ein stiller, beschwerender Lebensabend ein erstrebenswertes Ziel sein wird. Sie, die noch erwerben können, denen immer wieder bei jeder Teuerungswelle das Einkommen ausgebeißert wird, möchten nunmehr einmal darüber nachdenken, was es zu bedeuten hat, wenn Tausenden

von alten, arbeitsunfähigen Rentnern, meist noch dazu verheirateten, wöchentlich ein Gesamteinkommen von 20 bis 23 Mk. zur Verfügung steht!! Was wird nun durch den Rentnerbund erreicht? Ermäßigung und Wegfall der Steuerbelastung und wirtschaftliche Hilfe. Für unser gutes, dem in Not geratenen Reich dargeliehenes Gold fordern wir entsprechenden Ausgleich, aber keine 36- bis 40-fache Belohnung, wie sie jetzt den Goldhämstern geboten wird. Rafft euch daher auf, all ihr Aufstrebenden und tretet unserem Rentnerbunde zur gemeinsamen Abwehr bei, denn Einigkeit macht stark.

Berichtigung. In dem Bericht über die gemeinschaftliche Sitzung muß es heißen: Der Armenauschuß hat die Unterstützung für Rentenempfänger auf 17,50 Mk. und für andere auf 35 Mk. wöchentlich erhöht usw.

Auch in diesem Jahre wieder liegen die Listen der vom Armenauschuß beschlossenen und in dankenswerter Weise von zwei Bezirksvorstehern besorgten Gesamt-Orakulation in den hiesigen Gast- und Schankstätten aus. Fleißige Benutzung sei empfohlen. Der Ertrag wird bekanntlich zur Beschaffung von Heizmaterial für unsere Armen verwendet. Was das bei den heutigen Kohlenpreisen zu bedeuten hat, braucht hier näher nicht ausgeführt zu werden. Jeder weiß es.

Die Braunkohlenbriketts, die unseren Hausfrauen jetzt zur Verfügung stehen, haben eine große Schattenseite. Sie sprühen, in glühendem Zustande berührt, nach allen Seiten auseinander, sodaß bei nicht fest verschlossener Feuerungstür leicht auch glühende Teilchen in den doch in der Nähe stehenden Kohlenkasten geraten können. Daß das aber recht unangenehme Folgen haben kann, erfuhr kürzlich ein hiesiges Ehepaar. Nach zweifelhafter Abwesenheit in die Wohnung zurückgekehrt, fanden sie die Küche vollkommen verqualmt, den hölzernen Kohlenkasten vollständig verbrannt, den Kohlenvorrat noch hell brennend und die Nachbarschaft in Mitleidenschaft gezogen. Noch kurze Zeit, und die Sache konnte schlimmer werden. Ein gleicher Vorgang spielte sich vor kurzem in einer anderen hiesigen Wohnung ab, nur entdeckte man hier den entstehenden Brand rascher.

Herr Tischler Richard Köhler, in Firma Rich. u. Oskar Köhler, hier, legte am 7. Dezember vor der Prüfungskommission der Gewerkekammer Dresden die Meisterprüfung mit Erfolg ab.

Der Pädagogische Verein Dippoldiswalde tagte am 17. d. M. in Schmiedeberg. Verhandelt wurde zunächst über eine Reihe geschäftlicher Fragen. Es folgte ein Bericht des Herrn Lehrer Günther, Reimholdshain über die letzte Sitzung des Bezirkslehrerrates. Hierauf sprach Herr Bezirkslehrer Sturm über das Thema: „Mein Weg zur Philosophie“. Der Vortragende gab eine anschauliche Darstellung seines eigenen philosophischen Entwicklungsganges, schilderte, wie die großen Welt- und Lebensrätsel, insbesondere die bedeutsamen Fragen: Was kann ich wissen? Was soll ich tun? Ihm von Jugend an immer wieder entgegentraten, und wie er sich in gedanklichem Ringen mit ihnen abgefunden hat. Die Hörer erkannten, daß die Philosophie keine lebensfremde Wissenschaft ist, daß vielmehr philosophische Fragen jedem auf Schritt und Tritt begegnen, und daß derjenige sein Leben aus der Enge in die Weite führt, der solchen Fragen nicht ausweicht, sondern sie, sei es auch in bescheidener Form, zu beantworten sucht. Damit war der Zweck des Vortrages erreicht.

Ein Schlaglicht auf die hohen Papierpreise. Von interessanter Seite geht uns die Nachricht zu, daß bei der Holzversteigerung auf Frankenberg Staatsforstrevier am 12. Dezember für die schwächsten Stämme, die vorwiegend zu Papierholz gekauft werden, 600—700 Mk. für den Festmeter Holz als Wald erzielt wurden. Vor wenigen Wochen war dieses Holz sowohl hier als auch bei ladungsweltem Bezuge aus Papern, dem Harz usw. in beliebigen Mengen zu 300 Mk. pro Festmeter franko käuflich. Die enorme Verteuerung des Papiers beginnt also beim Staatsbetriebe selbst und nicht bei der Industrie.

Der Landesjugendverband der sächsischen Betriebskrankenkassen schreibt uns: Die aus Mitgliedern unseres Verbandes gebildete Heilstätten-Gesellschaft für sächsische Betriebskrankenkassen m. b. H. hat die Villa „Gladau“ in Wehlen als Erholungsheim erworben. Sie liegt über der sogenannten kleinen Bastei und ist sonach landschaftlich sehr schön gelegen. Das Erholungsheim wird im Frühjahr des nächsten Jahres eröffnet werden.

Die Kollekte am Totensfest-Sonntag den 20. Novbr. 1921 zum Zwecke der Linderung der wirtschaftlichen Not der Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen, sowie für den Zweck der Kriegsgräberfürsorge in Feindesland hat in der Eporie

Dippoldiswalde 2798,50 Mk. ergeben und zwar in: Dippoldiswalde 240.—, Altenberg 39.—, Zinnwald 14.—, Bärenstein 40.—, Börnersdorf 20.—, Breitenau 22.—, Burkardsdorf 85.—, Dittersbach 50.—, Dittersdorf 29.—, Döbra 30.—, Frauenstein 210.—, Fürstenwalde 27,50, Fürstenaue 43.—, Gelling 68.—, Glashütte 106.—, Hartmannsdorf 64.—, Hengersdorf 74.—, Schönfeld 18.—, Hermsdorf 42.—, Hötendorf 49.—, Johnsbach 30.—, Krelsha 250.—, Lauenstein 66.—, Liebenau 45.—, Rassa 94.—, Pössendorf 200.—, Prieschendorf 132.—, Rechenberg 90.—, Reichstädt 60.—, Reichenhardsgrünna 100.—, Ruppendorf 36.—, Sadisdorf 75.—, Schellerhau 70.—, Schmiedeberg 100.—, Ripsdorf 85.—, Seltersdorf 75.—

(Das ist das Neueste!) Wer mit der Zeit fortschreiten und etwa seiner Gattin oder seinen Kindern das allermodernste Weihnachtsgeschenk machen will — Geld ist ja da, es ist ja nicht wie bei armen Leuten! —, der lasse sich fällen! In Berliner Fachblättern finden wir folgende aktuelle Anzeige: „Möchten Sie sich im Film sehen? Dann geben Sie zu Binder, Berlin W, Rurfürstendamm 225. Wir filmen Ihr Porträt und Ihre Familienfeste. Wir liefern Aufnahmen und Vorführungen.“ Diese durchaus zeitgemäße Einladung ermöglicht nicht nur die beliebige Veranstellung lebender Bilder und die Anlegung eines Familienfestarchivs, sie gestattet auch den entfernt wohnenden Verwandten und Freunden einen Einblick in den engsten Kreis der Familie, wie sie lebt, lebt und webt und ihre wenigstens platonische Anteilnahme an Gastmählern, Kaffeegesellschaften und Ballen. Sie ersetzt den immer teurer werdenden Briefwechsel und macht den Menschen allgegenwärtig. Wir empfehlen die Zusammenstellung von Bilderfolgen etwa so: Unsere lieben Kleinen in der Kinderstube, unsere Lieblinge bei den Schularbeiten, Müllers während der Weihnachtsfeier, Schwamms beim Wintersport in Altenberg—Zinnwald, Schmidts beim Jahreswechsel usw. Hier finden wir endlich die wahren, unverwischbaren Grundlagen zur deutschen Familiengeschichte! Nur nicht zu rasch turbeln, Herr Binder, auch das Schilderlassen will gelernt sein!

Schwurgericht Dresden. Schwere Urkundenfälschung und versuchter Betrug bildeten den Gegenstand einer Anklage, die sich gegen den 1902 zu Hirschsprung geborenen ehemaligen Postauswärtler Kurt Paul Sommerschuh richtete. Dieser Angeklagte war seit 1917 beim Postamt Altenberg als Auswärtler angestellt. Bezahlung erfolgte nach Tarif. Im Frühjahr d. J. erfolgte seine Versetzung zum Postamt Ripsdorf, wo er seinen Landbesitz zu bestellen hatte. Nach dem Eröffnungsbeschluss hatte Sommerschuh in Ripsdorf vier Postanweisungen über je 2000 Mk. gefälscht und in der Zeit vom 24. bis 26. Juli eingeschmuggelt und so nach den Dresdner Postämtern unter den Namen eines Kaufmanns postlagernd dirigiert. Damit nun Sommerschuh bei den Postämtern auch die lagernden Anweisungen ausgezahlt erhalten, so hatte er sich überdies in Ripsdorf eine Postausweiserte auf den Namen eines dortigen Kaufmanns gefälscht. Als Angeklagter beim Postamt Dresden I erschien, wurde er wieder bestellt, beim Vorprechen am anderen Postamt 24, wo auch eine Anweisung hingeleitet worden ist, festgenommen. Die Anklage vertrat Staatsanwalt Dr. Große, die Verteidigung wurde von Rechtsanwalt Dr. Michaelis ausgeübt. Nach dem Wahrspruch der Geschworenen wurde Sommerschuh unter Zubilligung mildernder Umstände wegen schwerer Urkundenfälschung und versuchter Betrugs in Höhe von 8000 Mk. zu einer Gesamtstrafe in Dauer von 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Arbeiten zur Erbauung einer Querbahn von Großhoheln über Bad Lausitz nach Borna nehmen ihren Anfang. Allem Anschein nach dürfte der Bau schon im Laufe dieses Winters vielen Arbeitslosen Gelegenheit zu lohnender Beschäftigung bieten.

Schönfeld. Infolge Kasserung der ersten Vorstandswahl mußte eine Neuwahl veranlaßt werden. Diese fand durch den alten Gemeinderat am Montag statt. Die Wahl fiel einstimmig auf Bäckermeister Jädel, der die Annahme des Amtes erklärte. Durch die Wahl Jädels zum Vorstand rückte der nächste Bewerber der Liste 1 zur Gemeinderatswahl, Wirtschaftsbefehl Otto Kempe, als Vertreter in den Gemeinderat ein.

Sadisdorf. Es war wahrhaftig kein Spaß, am Sonntag nachmittag von Hengersdorf, Obercarsdorf, Raundorf oder gar von Dippoldiswalde nach Sadisdorf zu wandern und sich die spitzen Wassernadeln aus den Wolken ins Gesicht schleudern zu lassen. Was wollten wir aber in Sadisdorf? Etwa zu einem Vergnügen? Nun ja, man kann es so nennen, und zwar zu einem wahren, edlen Vergnügen, zum Krippenspiel in der wohlthuend geheizten Kirche, deren

Emporen sich vollständig und das Schiff sich halb füllten. In die andere Hälfte muß man sich die denken, die sich von der Unbill der Witterung haben zurückhalten lassen. Sie haben vollen Grund, ihr Zurückbleiben zu bereuen. Der Ruf der Glocken verhallt. Mit einer Phantase über „Stille Nacht“, setzt die Orgel ein, und die Gemeinde stimmt darauf das Weihnachtslied an. Dunkel ist im Gotteshaus, nur den Altarplatz beleuchten einige auf Adventskränzen brennende Kerzen, und von dort her hören wir von einer lieblich schönen Frauenstimme (wir halten sie für die der Frau Pfarrer Koch) das ewig besellende Weihnachtsevangelium. So innig warm haben wir es noch nie gehört. Darauf erkönt aus der Vorhalle wie aus Himmelsphären Weihnachtsgesang, begleitet von den Akkorden zweier Lauten, und herein schreiten singend einige zwanzig Jungfrauen in weißen Gewändern, Kräger mit leuchtenden Adventskerzen und die Lautenspieler. Die Schar der Jungfrauen bildet einen lebenden Vorhang. Hinter ihnen, die beim Schließen passende Weihnachtlieder singen, so daß nie beängstigende Stille eintritt, werden die Verwandlungen vorgenommen. Dann öffnen sie die Szenen und treten an die Seiten. Auf dem Podium des Altars, den blaues Tuch mit blinkenden Sternen verhängt, schlafen die Hirten. Beim Erwachen erblicken sie in der Ferne den sonderbaren Stern. Eine von den Jungfrauen verkündet als Engel, daß ihnen der Heiland geboren sei. Die Hirten machen sich nun auf gen Bethlehem. Unter dessen haben Joseph und Maria mit dem Jesuskinde in der Krippe am Altar Platz genommen. Die Hirten treten an sie heran, begrüßen die Eltern und das Kind und schenken diesem mit bedeutsamen Sinnprüchen ein Lamm, einen Stier und eine Schafmel. Im dritten Bilde tritt der herrschsüchtige, gewalttätige König Herodes auf. Vor ihm erscheinen die Weisen aus dem Morgenlande. Nach Befragen eines Schriftgelehrten weist er sie nach Bethlehem, scheinheilig hinzusetzend, daß er auch den neugeborenen König anbeten wolle. Die vierte Szene zeigt die Anbetung und Besenkung des Kindes seitens der Weisen. Mit Gesang zieht dann die Darstellerschicht wieder ab. Die tief-sinnige Dichtung, versichert mit biblischen Texten, aus der man ungezwungen auch Andeutungen auf den Ernst unserer Zeitverhältnisse herauszöhen konnte, die zweckentsprechenden schönen Kostüme, die deutliche und schwingvolle Redeweise der Darsteller, wie sie eine langgeschulte Theatertruppe nicht besser und schöner hätte bieten können, und die ganze Aufmachung des Spieles schufen eine wahrhaft edle Weibstunde. Das Bewußtsein, eine solche den Kirchenbesuchern verschafft zu haben, wird Herrn Pfarrer Koch als Veranstalter des Krippenspiels der schönste Lohn sein. Die Orgel setzte wieder ein, die Gemeinde sang zum Schluß das Weihnachtslied „O du frohliche“, und siehe, als wir aus dem Gotteshause den Heimweg antraten, da waren die Regenwolken verschwunden, und ein klarer Sternhimmel umleuchtete uns.

Glaskasse will im nächsten Geschäftsjahr zur staatlichen Gewerbesteuer und zur staatlichen Grundsteuer 25% Zuschlag erheben.

Rabennau. Die Stadtverordneten lehnten den Gaspreis von 1,70 M. ab und genehmigten nur 1,60 M.

Freital. Mit Leichtsinn verhaftet aufgefunden wurde am Freitag der in den fünfziger Jahren lebende Porzellanmaler Max Schneider und seine 10 Jahre jüngere Ehefrau in ihrer in Freital-Deuben gelegenen Wohnung. Der freiwillige Tod dieses Ehepaars dürfte im gegenseitigen Einverständnis erfolgt sein. Schneider beschäftigte wiederholt Polizei und Staatsanwaltschaft, er hatte in letzter Zeit Bestellungen auf Kartofeln angenommen, und in zahlreichen Fällen Vorkasse erlangt bis zum Betrag von 1000 Mark. Umfangreiche Erörterungen waren diesmal eingeleitet worden, zudem wurde Schneider von seinen Gläubigern auf Rückzahlung der Vorkasse hart bedrängt.

Wilsdruff. Der Rat erhöhte den Sparkassenzinssatz für dieige Grundstücke auf 4%, für auswärtige auf 5% und den Preis des elektrischen Stromes für Licht auf 4 M. und für Kraft auf 3 M.

Coffebau erhebt eine Gewerbesteuer.

Radeberg erhöht den Preis für elektrischen Strom auf 4,50 für Gas auf 3,20 und für Wasser auf 1,60 M.

Dohna. Ein voller Erfolg war die Vastler-Ausstellung der Jungmannschaft vom Ortsausschuß der Jugendpflege in Dohna. In dessen Auftrage eröffnete sie der Vorsitzende, Lehrer Friedner, unter Hinweis auf die Bedeutung derartiger Ausstellungen. Von Interesse waren in der Maschinenabteilung, die allgemeine Bewunderung erregte, von den jungen Leuten präzis gebaute Benzinmotoren, Turbinen, Stromumformer, eine Tabakschneidemaschine, ein wunderbar getriebener Kupfertopf u. a. In der Holzabteilung interessierten besonders eine gut gefertigte Gitarre, eine Weihnachtspyramide, eine Zusammenstellung von Holzarten u. v. a. Reiche Vastlerliteratur gelangte zur Auslage. Modelle des „Stabil“-Wasserkraftens, von der Firma Zeuner, Dresden, zur Verfügung gestellt, lagen aus. Stundenweise spielte das von der Jungmannschaft geschaffene, hübsche Puppentheater Stücke von Dr. Paul. Der Erlös aus der überaus stark besuchten, gut besichtigten Ausstellung dient zur Vervollkommnung der Projektionseinrichtung des rühmigen Ortsausschusses für Jugendpflege.

Pirna. Eine unerwünschte Weihnachtsspende. Eine abermalige Erhöhung der Gas-, Strom-, Wasser- und Kohlenpreise ist soeben wieder von den Stadtverordneten beschlossen worden, um die Mittel für die Gehalts- und Lohnerböhrungen aufzubringen. Unter den strahlenden Weihnachtsbaum legt man uns damit eine recht dunkle Gabe, durch die viele Familien zu einer Einschränkung im Lichtverbrauch genötigt sein dürften. Auch kommt die Petroleumlampe hier und dort wieder zu Ehren.

Copitz erhöht den Sparkassen-Hypothekenzinssatz auf 5 Prozent.

Röhlitz. Die Stadtverordneten lehnten zum zweiten Male die vom Rate einstimmig beschlossene Gewerbesteuer

ab. Der Rat blieb trotzdem auf seinem Beschlusse bestehen, weil das Geld notwendig gebraucht wird.

Großenhain. Das hiesige „Tageblatt“ schreibt: „Daß bei der Kartoffelknappheit und bei den Preisen, die für Kartoffeln gezahlt werden, es noch möglich ist, daß Outsbesser die Kartoffeln im Acker belassen, die natürlich nun erfroren und der menschlichen Nahrung entzogen worden sind, sollte man nicht für möglich halten, und doch ist dies bei einem Outsbesser in einem benachbarten Orte der Fall. Wäre Krankheit in der Familie oder wären sonstige Schicksale die Ursachen dazu, so wäre das Verhalten des Outsbessers vielleicht noch entschuldbar. Das trifft aber hier nicht zu, im Gegenteil, es liegt nur Saumseligkeit vor. Haben denn die Berufskollegen im gleichen Orte nicht so viel Einfluß, um den säumigen Landwirt zu seiner Pflichterfüllung zu bringen? Ein solches Vorkommnis schaffte der gesamten Landwirtschaft viel Feinde.“

Neumark. In der zum hiesigen Rittergute gehörigen, an der Reichenbacher Straße gelegenen Schäferlei ist nachts ein Einbruchdiebstahl ausgeführt worden. Die Diebe hatten aus dem Schafstalle drei Stück Mutterschafe lebend fortgeschafft und in der Nähe des Stalles an einem Strohfleim abgestochen. Außerdem entwendeten die Diebe noch 11 Sack Weizen von je 1 1/2 Zentner Gewicht. Davon wurden aber 7 Sack teils am Strohfleim, teils im nahen Steinbruch und im Walde wiedergefunden.

Oberwiesenthal. In Schlackenwerth bei Joachimsthal wurde der Wirt eines Hofes, als er nach oben ging, um Geld zu wechseln, von drei Männern gepackt, die 10 000 Kronen und anderes an sich nahmen. Auf die Hilfe des Leberfallenen eilten Hotelgäste herbei, nahmen den Epheubens ihre Weute ab und schlugen auf die Verbrecher herauf ein, daß alle drei nach Karlsbad ins Krankenhaus gebracht werden mußten.

Deutscher Reichstag.

Kleine Vorlagen.

Der Gesekentwurf über die Wochenhilfe wird in dritter Lesung angenommen mit einem Antrage aller Parteien, wonach das Stillgeld auf 4,50 Mark erhöht wird.

Es folgt die zweite Lesung des Gesekentwurfs zur Neuregelung der Zulagen und der Abfindung in der Unfallversicherung. Die Zulagen sollten am 31. Dezember 1921 aufhören, sie sollen aber jetzt in erhöhtem Maße weitergeführt werden. Die Vorlage wird in der Ausschlußsitzung einstimmig angenommen.

Ein Gesekentwurf über die öffentliche Bekanntmachung von Beurteilungen wegen Verbrechen, Verbrechen, verbotener Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände und unzulässigen Handels wird an den Volkswirtschaftlichen Ausschuß verwiesen. Auch das Gesetz über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln geht an den Ausschuß zurück.

Es folgt das Gesetz zur Erweiterung des Anwendungsgebietes der Geldstrafe, sowie zur Einschränkung der kurzen Freiheitsstrafen.

Abg. Dr. Herzfeld (Komm.) begründet einen Antrag, wonach der Ertrag einer uneinbringlichen Geldstrafe durch freie Arbeit im einzelnen durch Reichsgefängnisse zu regeln, bis dahin aber die Bedingungen mit den wirtschaftlichen Organen der Arbeiter und Angehörigen des Näheren zu vereinbaren sind. Ferner beantragt der Redner, bei politischen Vergehen es bei der Berechnung der Geldstrafe von 15 auf 150 Mark zu belassen.

Reichsjustizminister **Dr. Radbruch** begründet den Entwurf. Durch die Umwandlung der kurzzeitigen Freiheitsstrafen in Geldstrafen werden künftig rund Dreiviertel der Gefängnisstrafen in Wegfall kommen. Man wird aber durchs aus nicht etwa alle Freiheitsstrafen in er einen oder unter drei Monaten entbezogen können, während wir die unter 14 Tage entbezogen können. Wir müssen dem Richter die Wahl lassen.

Die sozialistischen Redner **Hoßmann** und **Dr. Rosenfeld** und der **Abg. Dr. Hünjer (D. Sp.)** lehnen den kommunistischen Änderungsantrag ab.

In der Abstimmung wird das Gesetz in 2. und 3. Lesung unter Ablehnung aller Änderungsanträge angenommen.

Ein kommunistischer Antrag auf Aufhebung des vom preußischen Minister des Innern herangezogenen Erlasses über die Verwendung der Schutzwaffe bei der Flucht von Gefangenen wird abgelehnt.

Das Haus beschließt sich dann mit dem Gesekentwurf über das Vergehen in Versorgungssachen.

Drei Rückfragen.

Die Antwort auf das deutsche Stundungsgesek.

Die Reparationskommission hat sich eingehend mit dem deutschen Ersuchen um Zahlungsausschub beschäftigt und ihre Antwort auf die deutsche Note bereits an das Garantiekomitee, die Berliner Vertretung der Reparationskommission, übermittelt. Der Hauptinhalt der Reparationsnote ist Sonnabend mittag in der Reichskanzlei mündlich der deutschen Regierung mitgeteilt worden. Im wesentlichen beschränkt er sich auf drei Rückfragen, die der Klärung der Sachlage dienen sollen.

1. Welchen Betrag wird die deutsche Regierung für Januar und Februar zahlen können?
2. Für wie lange Zeit wünscht die deutsche Regierung Zahlungsausschub zu erhalten?
3. Welche Garantien kann die deutsche Regierung während der Dauer des Zahlungsausschubs bieten?

Weitere Einzelheiten über die Note sind bisher noch nicht bekannt.

Darüber hinaus will das „Journal“ wissen, daß die Reparationskommission hinsichtlich der Zahlungen vom 15. Januar und 15. Februar bei ihrer jüngst befundenen Haltung bleibe, Deutschland könne und müsse diese Zahlungen leisten. Was die späteren Zahlungen betreffe, so weigere sich die Kommission, diese Frage zu prüfen, solange Deutschland nicht sage, welches die Modalitäten des Moratoriums seien, das es verlange, und welche effektiven Garantien es dafür zu bieten entschlossen sei.

Nach anderen Pariser Blättern bedeutete die Antwortnote der Reparationskommission noch keine unmittelbare Ablehnung, die endgültigen Beschlüsse dürften voraussichtlich erst in der Londoner Besprechung zwischen Briand und Lloyd George gefaßt werden.

England noch nicht für einen bestimmten Plan entschieden.

Reuter erfährt von amtlicher britischer Seite, daß die Note der deutschen Regierung an die Reparationskommission, worin sie erklärt, daß sie nicht in der Lage ist, die Januar- und Februarzahlungen voll zu leisten, nicht überraschend komme. Im Augenblick besteht keinerlei Reizung, den britischen Standpunkt darzulegen. Es werde erklärt, daß man sich, obwohl zahlreiche Vorschläge vorhanden seien, noch für keinen endgültigen Plan entschieden habe. Man erkenne immer mehr, daß diese Frage mit der allgemeinen Frage der Schwierigkeiten in Europa verknüpft sei. Angehts dieser Tatsache sei es unmöglich, irgend eine Erklärung über die Politik hinsichtlich dieser besonderen Seite der europäischen Lage abzugeben. Es könne jedenfalls als sicher gelten, daß Großbritannien keinerlei Ansuchen Deutschlands zustimmen würde, außer unter bestimmt gefaßten Bedingungen.

Der neue Steuertarif.

Neue Fassung des Einkommensteuergesekes.

Im Reichstagsausschuß für Steuerfragen wurde die Beratung der Novelle zum Einkommensteuergesek (Antrag Max-Emminger) zu Ende geführt und dabei ein Tarifantrag Lange-Hergemann (Fr.) und Dr. Beder (D. Sp.) angenommen, der folgende Staffellung der Einkommensteuer vorsieht:

Für die ersten angefangenen oder vollen 50 000 Mark steuerbaren Einkommens zehn v. H., für die weiteren 10 000 Mark 15 v. H., für die weiteren 20 000 Mark 25 v. H., für die weiteren 100 000 Mark 30 v. H., für die weiteren 100 000 Mark 35 v. H., für die weiteren 200 000 Mark 40 v. H., für die weiteren 500 000 Mark 45 v. H., für die weiteren 500 000 Mark 50 v. H., für die weiteren 500 000 Mark 55 v. H. und für die weiteren Beträge 60 v. H.

Die festen Ermäßigungen werden wie folgt beschlossen: für den Steuerpflichtigen selbst und für die nicht selbständig zu veranlagende Ehefrau je 240 Mark bei einem steuerbaren Einkommen bis zu 50 000 Mark; für jedes zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende minderjährige Kind 160 Mark, bei einem steuerbaren Einkommen bis zu 200 000 Mark.

Für die festen Abzüge bei Lohn- und Gehaltsempfängern werden auf Antrag Dr. Herz (Unabh. Soz.) und Genossen folgende Sätze festgelegt: bei Zahlung des Arbeitslohnes für volle Kalendermonate 45 Mark monatlich, für volle Kalenderwochen 10,80 Mark wöchentlich, für volle Arbeitstage 1,80 Mark täglich, für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden 0,45 Mark.

Schließlich soll für die Steuererhebung in Zukunft nicht mehr das Rechnungsjahr, sondern das Kalenderjahr gelten.

Im übrigen werden die Bedingungen des Antrages Max-Emminger angenommen. Die Novelle soll zum 1. Januar in Kraft treten.

An der Annahme der Ausschlußbeschlüsse im Plenum des Reichstages ist nicht zu zweifeln.

Das Ortsklassengesek.

1 1/2 Milliarden Nachzahlung an die Beamten.

Das neue Ortsklassenverzeichnis ist vom Reichstag einstimmig angenommen worden. Die Anzahl der höher gestuften Orte — rund 17 000 — ist sehr groß, insbesondere sind auch zahlreiche Großstädte in höhere Ortsklassen gekommen, ohne daß deshalb die Mittel- und Kleinstädte vernachlässigt worden sind. Das Ortsklassenverzeichnis gilt auch für die Beamten der Länder und Gemeinden. Die Wirkungen des Gesetzes kommen daher einem sehr großen Teil der Beamten und mit ihnen der Angehörigen, Arbeiter, Kriegesbeschäftigten und Kriegshinterbliebenen und Waisen zugute.

Es ist Vorsorge getroffen, daß die Nachzahlungen auf Grund des neuen Gesetzes unverzüglich nach der Weihnachten erfolgen. Diese Nachzahlungen sind wegen der Rückwirkungen des Verzeichnisses auf den 1. April 1920 sehr beträchtlich und werden die wirtschaftliche Lage der in Betracht kommenden Kreise wesentlich erleichtert. Für die Ortsklassenachzahlungen ist vom Reichsfinanzministerium die Summe von 1 1/2 Milliarden Mark zur Verfügung gestellt worden.

Im Reichstagsausschuß ist auch darüber verhandelt worden, inwiefern namentlich aus dem endgültigen Ortsklassenverzeichnis Konsequenzen für die im Dienst des Reiches stehenden Arbeiter gezogen werden. Seitens des Vertreters des Reichsministeriums wurde erklärt, daß über diese Frage mit den Tarifkontrahenten verhandelt werden soll. Die Frage, inwiefern für die Arbeiter auf Grund der Einführung des neuen Ortsklassenverzeichnisses eine Nachzahlung erhöhter Bezüge sich ermöglichen läßt, soll wohlwollend geprüft werden.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 19. Dezember 1921.

Der Reichstagsrat des Reichstages hat beschlossen, den Reichstag nicht, wie zuerst vorgesehen, Sonnabend in die Weihnachtstage zu schließen, sondern auch noch am Montag und Dienstag Sitzungen abzuhalten.

Nach einer Erklärung des Reichsfinanzministers haben von im ganzen 198 Kriegesbeschäftigten am 15. Dezember nur noch zwei bestanden: 87 sind in Liquidation. Es bestehen nur noch die Reichsgetreidekasse und die Reichsschuhverjorgung.

Der Zentrumsgesandte Stieker (Mabbed) wurde vom preußischen Minister des Innern zum Volkshauptpräsidenten in Westpreußen ernannt.

Die Aufhebung der Ausnahmeverordnung. Der Reichstag hat die Anträge Marx-Hannover (Kommunist), Herzog (Deutschnational) und Frau Agnes (Unabh. Soz.) auf sofortige Aufhebung der vom Reichspräsidenten

wurden am 23. September erlassenen Verordnung über den Ausnahmezustand für das ganze Reich angenommen. Der Ausnahmestatus, aus verfassungsrechtlichen, tatsächlichen und rechtlichen Gründen die Anträge abzulehnen, wurde im Wege des Stimmspruchs mit derselben Mehrheit von 180 Stimmen der Deutschnationalen und der ganzen sozialistischen Linken gegen 143 Stimmen der übrigen Parteien abgelehnt. Der Vermittlungsantrag Stresemann, der die Verordnung noch bis zum 31. Januar 1922 bestehen lassen wollte, kam garnicht zur Abstimmung.

Wollte Bericht über die Deutschen Werke. Die Vorkonferenz nahm den Bericht General Kollers über die Deutschen Werke entgegen und beschäftigte sich mit den verschiedenen militärischen Fragen, die mit dem Friedensvertrag von Versailles zusammenhängen, besonders mit der Erbauung eines leistungsfähigen Luftschiffes in Deutschland und seiner

Überlassung an Amerika. — Briand empfing den deutschen Botschafter Mahrer und General De Nord, den Vorsitzenden der Interalliierten Kommission in Oberschlesien.

Das Londoner Ultimatum im Stat. Bei der Beratung des Nachtragsetats für die Ausführung des Friedensvertrages wurden von der Regierung wichtige Erläuterungen über die Belastung der Staatsrechnung 1921, das infolge des Ausfalls der variablen Vierjahresraten vom 15. Mai und 15. August geringere Anforderungen stellt als die kommenden Jahre, werden die Ausgaben für die Durchführung des Londoner Ultimatum im ordentlichen Haushalt auf rund 95 Milliarden Mark, in dem außerordentlichen Haushalt auf rund 17 Milliarden Mark veranschlagt. Von den obengenannten Summen entfallen auf allgemeine Reparationsausgaben einschließlich des Ausgleichs für Kurschwankungen 86 1/2 Milliarden, auf Besatzungskosten 6 Milliarden, auf Ausgaben für interalliierte Kommissionen 4 Milliarden, auf Leistungen aus dem Friedensvertrag außerhalb der Reparation 3 Milliarden, auf Aufwendungen für das Ausgleichsverfahren 12 Milliarden, auf innere Ausgaben aus Anlaß des Friedensvertrages 4 Milliarden, insgesamt also 112 1/2 Milliarden.

Reichstag und Gemeinden. Da nach der Geschäftsordnung des Reichstages nur Abgeordnete oder Regierungsvertreter im Reichstag sprechen dürfen, man aber einem Vertreter der Stadt Berlin Gelegenheit geben möchte, die Not der Gemeinden vor den Reichstagsabgeordneten darzulegen, soll bekanntlich eine inoffizielle Reichstagsitzung stattfinden. Diese Sitzung soll aber erst nach den Weihnachtsferien anberaumt werden. Praktische Hilfe wird freilich das Reich in seiner trotzlosen Finanzlage den Gemeinden nicht gewähren können.

Reparationen und landwirtschaftliche Produktionssteigerung. Zu dem hochbedeutenden Beschluß des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft wird von maßgebender landwirtschaftlicher Seite mitgeteilt, daß der Beschluß, der einen Markstein in der volkswirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands bedeutet, als die letzte Notmaßnahme zur Erhaltung der Existenz des deutschen Volkes zu bewerten ist. Die Landwirtschaft hat gerade in dem Augenblick, wo nach der Erklärung der Reichsregierung vorerst jede Aussicht auf auswärtige Hilfe geschwunden ist, freiwillig den Weg beschritten, dessen unumgängliche Notwendigkeit auch der soeben einstimmig gefaßte Beschluß des ersten Reichsbetriebsratelongresses des deutschen Metallarbeiterverbandes betont, wenn das deutsche Volk und insbesondere die deutsche Arbeiterschaft die kommende schwere Ernährungsfrage überleben soll.

Die Deutsche Volkspartei zur Reparationsnote. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat in eingehender Besprechung zu der politischen Lage und insbesondere zu der von der Reichsregierung an die Reparationskommission gerichteten Note Stellung genommen. Dabei konnte unter Berücksichtigung anders lautender Pressemeldungen von neuem festgestellt werden, daß die Fraktion in der sachlichen Beurteilung wie bezüglich der taktischen Behandlung aller schwebenden Fragen einig ist und mit ihrem Führer völlig übereinstimmt.

Sachverständige bei den ober-schlesischen Verhandlungen. Staatssekretär Dewald nahm Gelegenheit, mit Vertretern des Verbandes Ober-schlesische Presse die besondere Stellung der Presse im Rahmen des Minoritätenabkommens einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Auch bei dieser Gelegenheit kam wiederholt der dringende Wunsch des deutschen Bevollmächtigten zum Ausdruck, für jede Frage des Wirtschaftsabkommens die berufenen Sachverständigen aller Bevölkerungskreise zu Worte kommen zu lassen. Insbesondere werden die Wünsche der Arbeitnehmerschaft in vollkommener Gleichheit wie die der Arbeitgeberchaft berücksichtigt werden. Zu diesem Zwecke sollen im weiteren Verlaufe der Verhandlungen Vertreter der Gewerkschaften in weitestmöglichem Umfang zu den inneren Vorbesprechungen herangezogen werden. An den Beratungen der Unterkommissionen für Arbeitgeber- und Arbeitnehmerfragen, sowie für die soziale Gesetzgebung wird in Zukunft auch je ein Vertreter der Arbeiterschaft als ständiges Mitglied teilnehmen.

Bekanntmachung der Preistreiber-Verurteilungen. Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes über die öffentliche Bekanntmachung von Verurteilungen wegen Preistreiber, Schleichhandel, verbotener Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände und unzulässigen Handelszugegangen. Bisher war die öffentliche Brandmarkung der Käufer und Schieber nur im wiederholten Rückfall und in besonders schweren Fällen sowie bei vorläufiger Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände möglich; nunmehr muß die öffentliche Bekanntmachung einer Verurteilung auf Kosten des Schuldigen stets angeordnet werden; und zwar durch Bekanntmachung in einer Tageszeitung sowie durch öffentlichen Anschlag, falls auf Freiheitsstrafen von drei Monaten oder mehr oder auf Geldstrafen von 10 000 Mark oder mehr erkannt ist. Der öffentliche Anschlag erfolgt an oder in dem Geschäftsraum des Täters oder an oder in dem Geschäftsraum, in dem

die strafbare Handlung begangen ist, oder an öffentlichen Anschlagtafeln, Gemeindefesteln oder ähnlichen Anschlagorten.

Die neuen Postgebühren genehmigt. — Berlin, 18. Dezember. Der Postgebührenauschuss des Reichstages hat sich mit den neuen Postgebühren einverstanden erklärt. Gegenüber der Regierungsvorlage wurde die Gebühr für die Anschlagkarte von 50 auf 40 Pfg. und die Gebühr für Zeitungspakete bis 5 Kilogramm von 5 Mark auf 3 Mark herabgesetzt.

Wiederlebende französische Forderungen. — Washington, 18. Dezember. Die britische Delegation erklärt offiziell, daß Frankreichs Forderungen übertrieben seien, und daß sie für eine bedeutende Verminderung der französischen Forderungen eintreten würde. Wenn die französische Forderung verwirklicht würde, würde das gesamte Flottenverhältnis von 5:5:3 gefährdet sein, weil Italien eine ebenso große Flotte wie die Franzosen bauen müßte.

Verpflichtung französischer Schiffe durch spanische Noncomboote.

— Madrid, 18. Dezember. In der Nähe des marokkanischen Hafens Alhucemas brachte ein spanisches Kanonenboot zwei französische Segelschiffe auf und versenkte ein drittes. Die französischen Schiffe hatten verrostet, Waffen und Munition für die marokkanischen Aufständischen durchgeschmuggelt.

Eine Ententekonferenz für wirtschaftlichen Wiederaufbau.

— London, 18. Dezember. „Manchester Guardian“ meldet: Lloyd George beabsichtigt eine allgemeine europäische Konferenz der Alliierten über den wirtschaftlichen Wiederaufbau vorzuschlagen.

Beschärftete Kontrolle für die Deutschen Werke.

— Paris, 18. Dezember. Der „Matin“ glaubt zu wissen, daß die Botschafterkonferenz die Umwandlung der Deutschen Werke nur gestatten werde, wenn eine verschärfte militärische Kontrolle durchgeführt würde.

Gegen die Futtermittelnot.

— Berlin, 18. Dezember. Im Reichstage brachten sämtliche bürgerlichen Parteien eine Interpellation ein, ob die Reichsregierung bereit ist, Maßnahmen zur Abstellung der Futtermittelnot u. a. auch durch andere Regelung des Verkehrs der aus dem Umlagegetreide anfallenden Kleie zu treffen.

Rundschau im Auslande.

Der französische Senat hat die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zum Vatikan mit 174 gegen 129 Stimmen gebilligt.

Das Londoner Appellationsgericht hat einstimmig darin entschieden, daß der Sowjetvertr. Krassin keine diplomatische Immunität bezüglich zivilgerichtlicher Verfahren gegen ihn genießt.

Der amerikanische Handelsminister Hoover hat den Antrag eingebracht, die Summe für die Rückzahlung von 10 Millionen auf 20 Millionen zu erhöhen.

In Kalkutta sind wieder achtzig indische Nationalisten verhaftet worden.

Frankreich: Die Verwendung deutscher Arbeiter in Nordfrankreich.

Obgleich die Frage des Wiederaufbaues eines Abschnittes der zerstörten Seile durch deutsche Arbeitskräfte im Augenblick in die Ferne geschoben ist, hat der Wiederaufbauschuss des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes beschlossen, drei Vertreter, darunter den bekannten Gewerkschaftsführer Jouhaux, zu der am 21. Dezember in Frankfurt a. M. stattfindenden Versammlung zu entsenden, um dort die Frage der Teilnahme deutscher Arbeiter am Wiederaufbau Nord- und Ostfrankreichs abzuhandeln zu erörtern.

England: Das irische Abkommen ratifiziert.

Das Unterhaus und das Oberhaus haben das irische Abkommen mit 401 gegen 58 bzw. 166 gegen 47 Stimmen ratifiziert. Im Einzelnenparlament in Dublin ist die Entscheidung noch nicht gefallen, doch ist anzunehmen, daß das Abkommen mit einer knappen Mehrheit angenommen wird. Der Premierminister von Ulster Sir James Craig ist aus Belfast in London eingetroffen. Er erklärte, daß er wegen der Grenzsetzung zwischen Nord- und Südirland nach London gekommen sei.

Amerika: Französische „Abbrünnungsvorschläge“.

Neuer meldet aus Washington: Im Unterhaus für Marinefragen legte die französische Delegation ihre Vorschläge betreffend die Kriegsschiffbauten vor. Frankreich beabsichtigt, während eines Zeitraumes von zehn Jahren nach 1925 zehn Panzerschiffe von je 35 000 Tonnen zu erbauen. Man glaubt, daß, wenn Frankreich dieses Programm ausführe, Italien ein gleiches Programm zur Ausführung bringen werde.

Soziales.

Das Kriegsbeschädigtengesetz. Der Kriegsbeschädigten-Ausschuss des Reichstages hat das neue Verfahren in Versorgungsfragen, das am 1. Februar in Kraft treten soll, angenommen. Der Return ist nun, zulässig, wenn es sich um die Minderung oder Entziehung einer Rente von mindestens vierzig Prozent handelt.

Die Arbeiterschaft des Kraftwerkes Thüringen, durch deren Streik über 100 Ortschaften keinen Strom und kein Licht erhielten, hat bedingungslos die Arbeit wieder aufgenommen.

Der Streik der Angestellten der Berliner Hochbahngesellschaft ist nach mehrtägiger Dauer beigelegt worden. Die Streikleitung werden nicht bezahlt.

Der Mord in Kleppelsdorf.

Die Schießsachverständigen. — Dr. Moll über Hypnose und Suggestion.

Prof. Dr. Schneidemühl, der außer Prof. Dr. Jeserich als Schießsachverständiger vernommen wird, ist der Überzeugung, daß der Abschiedsbrief der Ursula von dieser selbst geschrieben sein muß. Desgleichen müsse man bei beiden Abschiedsbriefen der

großen Gruppen annehmen, daß sie echt seien. Der Sachverständige nimmt jedoch an, daß beide Schreiben beim Verfassen der Briefe unter fremdem Einfluß gestanden haben.

Die Gutachten der Schießsachverständigen sind für den Angeklagten ungeheuer belastend. Bächenmacher Walter schildert genau den Unterschied der Fern- und Nahschüsse, gibt genaue Erläuterungen über die Wirkung der Schüsse, die Aufwindung der Patronenhälsen, der Waffe usw. und kommt zu dem Ergebnis, daß Ursula sich nicht selbst erschossen hat. Auch der zweite Schießsachverständige, Bächenmacher Hensel, hält einen Selbstmord für gänzlich ausgeschlossen.

Die medizinischen Sachverständigen machen ebenfalls belastende Aussagen für Gruppen. Medizinalrat Dr. Peters kommt auf Grund der bei den Leichen festgestellten Verwundungen zu der Überzeugung, daß der Tod beider Mädchen nur durch fremde Hand herbeigeführt sein kann. Medizinalrat Dr. Scholz und Gehelmerat Dr. Besser halten ebenfalls Selbstmord für ausgeschlossen und bekunden, daß es der Ursula ganz unmöglich gewesen wäre, die Waffe zu bedienen.

Gehelmerat Dr. Moll führt dann in seinem Gutachten über Hypnose und Suggestion aus, daß der Angeklagte zweifellos eine Persönlichkeit sei, die auf ihre Umgebung großen suggestiven Einfluß ausübt. Hypnose spiele in dem Prozeß keine Rolle. Der Inhalt des Abschiedsbriefes der Ursula ist nach Annahme Dr. Molls keineswegs spontan, so daß er annimmt, daß Gruppen den Brief diktiert habe. Auch seine lebensschastliche Frau konnte Gruppen durch Suggestion zur Abfassung der merkwürdigen Abschiedsbriefe bestimmen.

Aus Stadt und Land.

Neue Plünderungen in Berlin. Im Berliner Scheunenviertel, das wiederholt von Plünderungen heimgesucht wurde, sind jetzt wieder neue Plünderungen vorgekommen. Jugendliches Gesindel, etwa 200 Köpfe stark, plünderte dort verschiedene Kleidergeschäfte aus.

Die sofort herbeigerufene Schutzpolizei nahm 8 Personen, die sich im Besitz geraubter Kleidungsstücke befanden, fest. Der Mehrzahl der Plünderer, die beim Nahen der Schutzpolizei geflüchtet waren, wurden von Polizeibeamten unauffällig verfolgt. Als die Beamten feststellten, daß die Plünderer sich in der Reuen Schönhauser Straße in einem bekannten Stelldichein allerhand leichtsinnigen Gesindels sammelten, wurde von neuem die Schutzpolizei alarmiert. Die Wirtschaft wurde umstellt und ausgehoben. Mehr als hundert „Kaffeegäste“ wurden dem Polizeipräsidium zur Vernehmung zugeführt.

Rückkehr aus Wlignon. In Gelsenkirchen trafen auf der Rückreise nach Hörter dreizehn deutsche Abtransportierte ein. Die unglücklichen Kriegsoffer, die sämtlich wegen Fluchtversuchs und Mordraubs zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt worden waren, sagten aus, daß noch fünfundsiebenzig weitere Gefangenen sich in Wlignon befinden.

Zugzusammenstoß. Auf dem Bahnhof Seelow in der Mark stießen zwei Güterzüge zusammen. Der Lokomotivführer wurde schwer verletzt. Zwei Lokomotiven und 21 Wagen sind vollständig zerstört. Den Schaden beziffert sich auf etwa 1 Million Mark.

Trauerfeier für einen deutschen Bischof in Rom. In der Kirche Santa Maria dell'Anima in Rom fand ein feierlicher Totengottesdienst für den verstorbenen Bischof Krum von Trier statt, dem ein Vertreter des Deutschen Botschafters, Kardinal Prätorius sowie andere hohe Geistliche und Diplomaten beizuhatten.

Camille Saint-Saens †. Frankreichs bedeutendster lebender Komponist, der 86jährige Camille Saint-Saens, ist verschieden. Nach einer Aufführung seiner Oper „Danie“ in Algier ereilte ihn sein Schicksal. Die Nachricht von seinem Tode kommt überraschend. Noch in diesem Jahre spielte er in vielen Konzerten selbst mit. Saint-Saens war ein großer Deutschhasser. Sein Haß steigerte sich bis zur Wagner-Begnerschaft. Während man in Paris längst wieder die Partituren des großen deutschen Dichterkomponisten rühmt, blieb er bei seiner Begnerschaft: ein Clemenceau der Musik.

Ein Literaturpreis für einen — Neger. Den Literaturpreis der französischen Akademie Goncourt von 5000 Franken hat der Neger Rene Maran für einen Roman erhalten, der das Leben der Schwarzen schildert. Maran ist 34 Jahre alt und wohnt in Französisch-Nordafrika, drei Karawanenreitstage vom Tschadsee entfernt.

Kleine Nachrichten.

Die Berliner Kraftdroschenbesitzer haben beschlossen, den Betrieb einzustellen, da sie es ablehnen, die Steuern in der Form von zehn Prozent einzuzahlen.

In Hamburg wütet seit einigen Tagen eine schwere Grippeepidemie. Die Krankenzahl ist beträchtlich.

Im Hafen von Valencia (Spanien) wurden durch Großfeuer Waren im Werte von anderthalb Pe'as zerstört.

Starke Vulkanausbrüche sind in den Anden, dem gewaltigen Gebirge im Westen Südamerikas, erfolgt.

Gerichtssaal.

Der erste Rapp-Prozeß. Für den Angeklagten Freiherrn von Wangenheim beantragte der Verteidiger, Justizrat Görres, Freisprechung. Görres betonte in seinem Plädoyer insbesondere die staatsrechtliche Seite der Anklage und führte aus, daß die Nationalversammlung damals ungesetzlich gewesen sei. Eine Führerrolle habe sein Klient, den er als einen Edelmann vom Scheitel bis zur Sohle bezeichnet, im Rapp-Putsch nie gespielt. Aus reiner Vaterlandsliebe habe Wangenheim die Ernährung des deutschen Volkes sichern wollen. Hätten wir viele Männer wie Wangenheim, so schloß der Verteidiger, so könnte es besser um Deutschland.

Der Paderborner Schieberprozeß. Seit Anfang November verhandelt das Landgericht Paderborn gegen den Direktor Windmüller der Westfälischen Metallindustrie in Albstadt und gegen mehrere frühere Angestellte des Reichwertungsamtes. Es handelt

Die oberschlesischen Verhandlungen.

Verhandlungspause über Weihnachten.

In einer Unterredung der beiden Bevollmächtigten für die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen, des Reichsministers a. D. Schiffer und des polnischen Ministers Dłusowski, wurde festgestellt, daß in den Kommissionsverhandlungen in einer Reihe von Fragen bereits jetzt eine grundsätzliche Übereinstimmung erzielt ist, während für andere, ihrer Natur nach schwierigere Fragen zurzeit noch Meinungsverschiedenheiten bestehen, über die im Wege weiterer Verhandlungen ein Ausgleich angestrebt werden soll.

Gleichzeitig wurde vereinbart, mit Rücksicht auf das Weihnachtsfest die Verhandlungen am 22. Dezember zu unterbrechen. Einzelne Unterkommissionen werden zwischen dem Weihnachts- und dem Neujahrsfest ihre Beratungen fortsetzen, während andere Kommissionen diese Zwischenzeit zur Vorbereitung der weiteren Verhandlungen im Benehmen mit ihren zuständigen Ressorts benutzen werden. Am 3. Januar werden die Verhandlungen in Oberschlesien in vollem Umfang wieder aufgenommen werden.

In der Kommission für soziale Versicherung sind die Arbeiten so weit gefördert, daß der Fortbestand der deutschen sozialen Versicherungen für die Übergangszeit als gesichert angesehen werden darf.

Der Präsident der Oberschlesischen Konferenz, Ca-londer, wird sich in den ersten Januar Tagen nach Oberschlesien begeben.

Die Kommission für den Schutz der Minderheiten in Oberschlesien soll erst kurz vor der Wollkonferenz nach Genf kommen. — Die zwölfte Unterkommission wird ihre Beratungen aberschließen und nach den vorliegenden Ergebnissen anderer Kommissionen beginnen.

Rücktritt des Vorsitzenden der oberschlesischen Grenz-kommission.

Der bisherige Vorsitzende der Kommission zur Festsetzung der deutsch-polnischen Grenze, General Dubont, ist zurückgetreten. Er begibt sich demnächst von seinem bisherigen Standort Polen nach Warschau, wo er als Chef der französischen Militärmission General Rieffel abtritt. In seiner Stelle ist Oberst Gardan von den alliierten Kommissaren zum Präsidenten gewählt worden.

Landwirtschaft und Kredithilfe.

Eine Entschließung des Reichsausschusses. Der Reichsausschuss der deutschen Landwirtschaft, der zu einer außerordentlichen Tagung in Berlin zusammengetreten ist, fasste in seiner Versammlung zur Frage der Beteiligung der Landwirtschaft einen bedeutsamen Entschluß, in dem es u. a. heißt:

„Noch immer ist unsere Wirtschaft auf das unerträglichste belastet durch eine jährliche Lebensmittelpfeife für mehr als zwei Milliarden Goldmark. Diese reichte kaum aus, die Lebens- und Arbeitskraft des Volkes zu erhalten. Hier hat die geschlossene und gemeinsame Tätigkeit der deutschen Landwirtschaft einzusetzen, um Rettung zu bringen. Der Reichsausschuss der deutschen Landwirtschaft ist überzeugt, daß außer-gewöhnliche Mittel und Maßnahmen die deutsche Landwirtschaft instand setzen können, die zur Sicherstellung der Volksernährung erforderliche Steigerung der Erzeugung aus eigener Kraft herbeizuführen. Dieses Hilfswerk aus sich selbst heraus aufzubauen und hierfür große Mittel aufzubringen, ist die deutsche Landwirtschaft bereit! Die Landwirtschaft als Ganzes steht für die Durchführung des Hilfswerkes ein. Sie wird Einrichtungen treffen, die den einzelnen Land- und Wirt-tragbar machen helfen. Die Durchführung des von ihr aufgestellten Arbeitsplanes ist nur möglich, wenn die Regierung die grundlegenden Voraussetzungen hierfür schafft:

Tatsächliche Sicherung von Person und Eigentum, wirksamer Schutz des landwirtschaftlichen Betriebes gegen fahrende Eingriffe, ausreichende und rechtzeitige Versorgung der Landwirtschaft mit künstlichem Dünger und anderen Produktionsmitteln — die bisherige Erzeugung von Düngemitteln reicht nicht aus; sie muß stark vermehrt werden — Maßnahmen zur Deckung des landwirtschaftlichen Arbeiterbedarfs.

Für Verbilligung und Erleichterung der Nahrungsmittelversorgung wird die Landwirtschaft un-mittelbare Verbindungen zwischen Erzeugern und Verbrauchern nach Möglichkeit fördern.

Auf dieser Grundlage wird die deutsche Landwirtschaft alle ihre Kräfte auf das äußerste anspannen, um aus heimatischer Erde die Gesundung des wirtschaftlichen Lebens sicher zu stellen, und vertraut dabei auf die tatkräftige Mitwirkung der übrigen Berufsstände, insbesondere auch bei einer Ausgestaltung des Steuerwesens, die sich der tatsächlichen Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und dem gesteigerten Produktionsbedürfnis anpaßt.

Ein geeigneter Weg ist die steuerliche Berücksichtigung von Eigenkapital, das der Landwirt zur dauernden und nachhaltigen Steigerung des Ertrages in der eigenen Wirtschaft aufwendet.

Der Reichsausschuss der deutschen Landwirtschaft erwartet, daß die Reichsregierung über diesen Plan, dessen Ausgestaltung im einzelnen und über die Art der Durchführung mit ihm sofort in Verhandlungsgang eintritt.

Von Woche zu Woche.

Handbemerkungen zur Zeitgeschichte.

Wer lange im Dunkeln herumtappen mußte, begrüßt jeden Lichtstrahl, auch wenn er nur seine Armut beleuchtet.

Der letzte Freitag brachte uns etwas Klarheit in dem Gewirr der Ratsel, die uns die verzwickte Lage zu machen gab. Die deutsche Regierung trat aus ihrem diplomatischen Schützengraden heraus und tat den beteiligten Regierungen sowie der öffentlichen Meinung kund, daß sie die nächsten beiden Tributzahlungen nur zum Teil aufbringen könne, also für den Restbetrag einen Zahlungsaufschub beantragen müsse und auch für die folgenden Zahlungen Schwere-rigkeiten voraussehe, wenn nicht die Bedingungen des Ultimatums geändert würden.

Eine Bankrott-Erklärung, sagen die Schwarzscher. Andere meinen, es sei die Einleitung einer veränderten Revision der unerträglichen Bedingungen. Wenn ein Geschäft aufgestochen wird, so ist das kein lebensliches Ereignis. Man nimmt aber alles in den Kauf, wenn nur die Blutvergiftung verhütet wird. Der Doktor hofft, der Kranke auch; der Erfolg muß abgewartet werden.

Mit launigen Umschlägen ist nun lange genug gequatschelt worden. Jetzt steht die gründliche Operation auf der Tagesordnung. Das sogenannte Moratorium, ein bloßer Standpunkt, ist ein überwindlicher Standpunkt. Ebenso eine kurzfristige Anleihe, die nur von heute bis morgen den Krach verschleppen würde. Entweder ändern die Sieger ihr Diktat so ab, daß Deutschland einen ausreichenden langfristigen Kredit findet, oder sie müssen darauf gefaßt sein, daß Deutschland seine Zahlungen überhaupt einstellt. Ueber diese Alternative werden Briand und auch Lloyd George sich schlüssig machen müssen bei ihrer angeforderten Konferenz, und der förmliche Antrag der deutschen Regierung soll offenbar dazu dienen, den ganzen Ernst der Lage und die Folgen-schwere der Entscheidung außer Zweifel zu stellen.

So bekommen wir als Weihnachtsbetscherung eine Krise im vollen Sinne des Wortes. Viel mehr, als eine innerpolitische Krise, von denen man dreizehn auf ein Duzend gehen läßt. Eine welt-politische Krise, weil sich inzwischen herausgestellt hat, daß die Kulturvölker auf Gebeih und Verderben miteinander verknüpft sind.

Ist es eine frohliche, eine selige Weihnachtszeit? Wir müssen die Feste feiern, wie sie fallen, und uns nungstlos ist. Der Tannenbaum hat doch noch grüne Nadeln an seinen Zweigen.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 17. Dezember 1921.

— Zum Präsidenten des neugewählten heilischen Landtages wurde der bisherige Präsident Adelnung (Zog.) wiedergewählt.

— Als Gesandter in Kopenhagen ist der bisherige Gesandte in Wien, v. Rosenbergh, in Aussicht genommen.

— Der Reichstag hat das deutsch-baltische Abkommen betreffend die Überleitung der Rechtspflege im nordbaltischen Abtretungsgebiet sowie das Gesetz betreffend stärkere steuerliche Erfassung der Wafentagewinne bei der Warenausfuhr endgültig angenommen.

— Die schwedische Reichsschuld liegt im ersten Dezember-Drittel abermals um 6,9 Milliarden auf 233,4 Milliarden.

— Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat zwei Reichstagssozialisten, zwei Unabhängige, zwei Deutschnationalen, einen Demokrat und einen Deutschen Volksparteiler in den preussischen Staatsrat gewählt.

— Gegen den früheren braunschweigischen Ministerpräsidenten Sepp Derter wurde ein Verfahren wegen Beschuldigung eingeleitet.

— Der Redakteur der „Saarbräcker Volksstimme“ ist durch Verfügung der Regierungskommission des Saargebietes zum zweiten Male ausgewiesen worden.

— Ein neuer Aufruf gegen die Deutschen Werke. Wie aus beteiligten Arbeiterkreisen mitgeteilt wird, ist die Belegschaft des Spandauer Werkes der Deutschen Werke A.-G. durch neue Maßnahmen der Entente-Kommission abermals in lebhafteste Unruhe versetzt worden. Zurzeit sucht diese Kommission unter den Maschinen solche aus, die sie für Reparationszwecke beansprucht. Es soll sich dabei für das Werk um lebenswichtige und unter kleinem stehende Maschinen handeln.

— Der neue Schieferlaß. Der von dem preussischen Innen-Minister Seevering revidierte sogenannte Heinesche Schieferlaß wird u. a. folgende Vorschriften enthalten: 1. Zur Abwehr eines Angriffs oder einer Bedrohung mit gegenwärtiger Gefahr für Leib oder Leben des Beamten oder der in seinem Schutz befindlichen Personen. 2. Zum Anhalten von Personen, die sich der Feststellung, Festnahme und Festhaltung seitens des Beamten durch die Flucht zu entziehen versuchen. Bei offensichtlich geringfügigen Verfehlungen, insbesondere politischen Charakters, darf indessen von der Schusswaffe zur Verhinderung von Fluchversuchen nicht Gebrauch gemacht werden. Dem Erlaß sind die folgenden allgemeinen Richtlinien beigegeben: Der Gebrauch der Schusswaffe ist nur zulässig, wenn die Anwendung anderer Mittel offenbar nicht zum Ziele führen würde. In keinem Falle darf er weitergehen, als es zur Erreichung des gesetzlichen Zweckes erforderlich ist. Gegen Kinder darf die Schusswaffe überhaupt nicht angewandt werden.

— Neuauflage der Einkommensteuer. Im Steuer-Kaufhaus des Reichstages wurde sodann von den Reichstagen

abgelehnten Parteien ein Kompromiß angenommen, nach dem die Einkommensteuer für die ersten angefangenen oder vollen 50 000 Mark des steuerbaren Einkommens (bisher 24 000 Mark) 10 Prozent, für die nächsten 10 000 Mark 15 Prozent, für die nächsten 20 000 Mark 20 Prozent, für die nächsten 30 000 Mark 25 Prozent, für die nächsten 100 000 Mark 30 Prozent, für die nächsten 100 000 Mark 35 Prozent usw. für die weiteren Beträge des steuerbaren Einkommens werden 60 Prozent angelegt.

— Werksrat der Unabhängigen gegen Ludendorff. Die Unabhängige Sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgende Anfrage eingebracht: „In dem Prozeß gegen Jagow und Genossen ist festgestellt worden, daß General Ludendorff einer der Leiter des Rapp-Buffches war und für den im März 1920 begangenen Hochverrat verantwortlich ist. Ist gegen General Ludendorff wegen Hochverrats Anklage erhoben und Haftbefehl erlassen worden? — Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um Ludendorff zur Verantwortung zu ziehen?“

Rundschau im Auslande.

— Die Berner Bundesversammlung wählte Bundesrat Haas zum schweizerischen Bundespräsidenten für das Jahr 1922. Bundesrat Haas war 1917-18 schweizerischer Gesandter in Berlin.

— Bei einer Bergwerkskatastrophe in Montignies-sur-Sambre (Belgien) wurden zwei Bergleute getötet und sechzehn schwer verletzt, davon fünf lebensgefährlich.

— Das belgische Ministerium Theunis ist amtlich gewildet. Es umfaßt sechs Katholiken und fünf Liberale.

— Briand ist der Ansicht, daß zwei Tage für den Meinungsaustausch genügen werden, den er nächste Woche mit Lloyd George haben wird.

— Der Kavallerieoberst und französische Delegierte bei der Schiffsfahrtskommission in Köln, Dumont, ist zum Militärattaché bei der französischen Botschaft in den Vereinigten Staaten ernannt worden.

— Der Papst empfing den deutschen Botschafter beim Päpstlichen Stuhl, von Bergen.

— Die japanische Regierung hat dem Völkerbund den ersten Jahresbericht über die Verwaltung der früheren deutschen Kolonien im Stillen Ozean nördlich des Äquators überreichen lassen.

— Peru hat auf das ihm gemäß dem Vertrage von Versailles zustehende Recht, unter gewissen Voraussetzungen wirtschaftliche und finanzielle Rechte und Vergeltungsmaßnahmen gegen Deutschland anzuwenden, verzichtet.

— Oesterreich: Die Ledeburger Abstimmungsombdie.

— Die Abstimmungsombdie vollzieht sich bisher ohne größeren Zwischenfall, da die Freischärer es vermeiden, die deutschgesinnte Bevölkerung vor den Augen der Mitglieder der Entente mission zu belästigen. Das sogenannte Ergebnis wird am 17. veröffentlicht werden. Die Freischärer treffen Vorbereitungen für die in den Gemeinden der Umgebung stattfindende Abstimmung, indem sie in Kraftwagen in die Landgemeinden fahren und Flugzettel ge-schickten Inhalts gegen Oesterreich verteilen. Ein italienischer Offizier gab, zu, daß die Abstimmung die größte je ausgeführte Unwahrheit sei. Ein anderer Entente-offizier, der noch nicht Kenntnis von der anberaumten Frist hatte, erklärte einem österreichischen Kommissar, daß der 14. Dezember als Abstimmungstag vollkommen ausgeschlossen sei.

— Ungarn: Karls Protest gegen seine Entthronung.

— Die ungarische Regierung veröffentlicht den Wortlaut des Protestes, welchen König Karl anlässlich seines Thronverlustes und seiner Entthronung aus dem Landesgebiet an die Regierung gerichtet hat. Der Protest lautet: „Den unter ausländischem Druck und Zwang zustande gekommenen Beschluß der Nationalversammlung, welcher meinen Thronverlust auspricht, erkläre ich im Sinne der ungarischen Verfassung und der ungarischen Gesetze für unwirksam und verwerfe mich dagegen. Meine sämtlichen, mir als mit der heiligen Stefanstrone gekrönten ungarischen apostolischen König zustehenden Rechte halte ich ausdrücklich aufrecht. Ich verwerfe mich und protestiere gegen das Vorgehen der ungarischen Regierung, wodurch sie mich auf Grund des Beschlusses der Vorkonferenz ausgliedert, da ich als Ungar im Sinne der ungarischen Gesetze das unbestreitbare Recht habe, mich auf dem Gebiete Ungarns aufzuhalten.“

— Irland: Abgabe der Ulsterregierung.

— Wie vorausgesehen war, wird das irische Abkommen von Ulster glatt abgelehnt. Der Premierminister von Ulster erklärt in seinem Antwortschreiben an Lloyd George, es sei für Ulster unmöglich, jemals dem irischen Staat beizutreten. Es sei nicht im Interesse Großbritanniens oder des Britischen Reiches, daß Ulster einer alliierten Union untergeordnet werde. Die Revision der Grenze würde einen Bruch des Gesetzes vom Jahre 1920 bedeuten. Ulster behalte sich das Recht vor, der Ernennung einer Grenzkommission nicht zuzustimmen.

— Amerika: Kompromiß in der Abrüstungsfrage.

— Die Washingtoner Abrüstungskonferenz wird sich in der Flottenfrage voraussichtlich auf folgenden Kompromiß einigen: Japan wird seinem Bunde entsprechend das Großkampfschiff „Mutsu“ behalten und wird „Settsu“, das schon älter ist, zerstören. Amerika wird die „Colorado“ behalten, „Delaware“ und „Arbatofia“ zerstören. Großbritannien wird während der Abrüstungspause nur an die Erbauung zweier Großkampfschiffe gehen. Die französische und italienische Marine betreffenden Fragen werden nachher erledigt werden. Frankreich wird keine Stellung in der Frage der U-Boote aufrecht erhalten.

— Indien: Die Opfer beim Thronfolgerbesuch in Bombay.

— Bei den Unruhen in Indien vom 17. bis 20. November wurden zwei Europäer und ein Amerikaner, sowie zwei Parsen getötet und 83 Polizisten verletzt. Auf Seiten der Aufständischen gab es 53 Tote und 298 Verwundete. 341 Personen wurden verhaftet. — In Kalkutta sind 8000 Ruhs, die in den Docks beschäftigt sind, in den Streik getreten. Eine große Anzahl Studenten hat beklagt, das Kolleg die zum 1. Januar nicht mehr zu besuchen und kommerziellen Funktionen im Zusammenhang mit dem Streik bei Springen von Arbeit zu übergeben.

alogen be-
nd zu be-
erke.
erke sucht
men solche
foli sich
handeln.
d, daß die
rden sind,
stellungen,
das geht
auf minde-
duffes
e zunächst
um Haus-
nehmen
stunden in
darbeits-
an Schul-
M., sowie
Inkinnige
schüler
man ein-
herstellen
entbehr-
Kollatur-
Lehrer-
g wurde
nünftig an
eibberger)
zunächst
zu diesem
te zurzeit
das neue
arbeitung
Nehling-
s, räpel-
ener-
auch der
selbe ab
Betreffs
uppe soll
gehalten
ständigen
hinder
nehmte
te Woh-
nat. Den
nar dies-
Montag
irks
weiteres
2 W.,
einen
15 W.
halten.
ite
raße.
n

Pferdeinfuhr und Pferdeablieferung an den Feindbund.

Aus Mitgliederkreisen waren Beschwerden beim Reichs-Landbund eingelaufen, daß das Reich Pferde aus Finnland einführt zur Deckung der Zwangsablieferungen von Pferden, die Deutschland nach dem Polen laut Friedensvertrag zu liefern verpflichtet ist. Man war in den Kreisen der Mitglieder der Ansicht, daß es nicht nötig sei, daß Pferde für schweres Geld im Auslande aufzukaufen werden, während in Deutschland genügend Pferde vorhanden seien. Besonders bestreite in Ostpreußen seit zwei Jahren ein Ueberschuß an Pferden in jeder Art und Qualität, auch für jeden Zweck, deren Abstoßung besonders bei dem diesjährigen Futtermangel sehr erwünscht sei.

Auf eine an das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft gerichtete Beschwerde hat der Reichs-Landbund den nachfolgenden Bescheid erhalten: „Auf das Schreiben vom 27. Oktober 1921 erwidere ich ergebenst, daß nach den angestellten Ermittlungen es nicht zutrifft, daß die aus Finnland eingeführten Pferde in Erfüllung des Friedensvertrages an Polen abgeliefert sind. Die Genehmigung zur Einfuhr finnischer Pferde wurde ausnahmsweise und im Hinblick auf einen besonders gelagerten Fall erteilt.“

Im übrigen bemerke ich, daß die Verpflichtung zur Ablieferung von Pferden so groß ist, daß auf das Ausland zurückgegriffen werden muß, wenn nicht die heimischen Bestände über Gebühr und zum Schaden der Zucht angegriffen werden sollen. Dies gilt in weitgehendem Maße auch für Ostpreußen, dessen berufene Vertreter bei allen Verhandlungen im Hinblick auf die große Zahl von Tieren, welche an Italien, Serbien, Rumänien und Polen geliefert werden müssen, den Standpunkt vertreten, daß die ostpreussische Zucht vollkommen außerstande ist, die Forderungen zu erfüllen.“

Aus dem Schreiben geht demnach hervor, daß die Berichte über die Einfuhr von Pferden aus Finnland zur Erfüllung des Friedensvertrages an Polen im allgemeinen nicht zutreffen.

Volkswirtschaft.

Berlin, 16. Dezbr. (Börse.) Zu Beginn der Börse herrschte angesichts des Antrages auf Zahlungsausschub gedrückte Stimmung. Obwohl es den Anschein hat, als ob der große Reinigungsprozess zum Stillstand gekommen zu sein scheint, herrscht große Zurückhaltung der Käufer. Gingen auch die Devisen zum Teil recht sprunghaft in die Höhe, der Wertpapiermarkt besserte sich nur unwesentlich. Die äußere und innere Lage ist so wenig zuversichtlich, daß mehr Vorsicht als Wagemut die Stunde regiert.

Berlin, 16. Dezbr. (Warenmarkt.) Amtliche Notierungen für 50 Kilo ab Station: Weizen Märkischer 342-346, Pommerischer 335-340, Mecklenburgerischer 344 bis 345, Roggen Märkischer 277-280, Sommergerste 356 bis 386, Hafer Märkischer 272-275, Schleißer 267-270, Mais La Plata ohne Probenanzahl 240-245, Mais 285 bis 290, Weizenmehl (100 Kilo) 870-900, Roggenmehl (100 Kilo) 660-720, Weizen- und Roggenkleie 190-195, Raps 610-620, Kleine Speiseerbsen 300-310, Bohnen 360-390, Lupinen blaue 215-220, Rapskuchen 265 bis 270, Reinfutten 330-340. — Heu und Stroh. Großhandelspreise der 50 Kilo ab Station: Drahtgepresstes Roggen- und Weizenstroh 33-38, Drahtgepresstes Haferstroh 44-47, bindfadengepresstes Roggen- und Weizenstroh 29 bis 32, gebundenes Roggenlangstroh 30-33, loses und gebundenes Krummstroh 25-26, Häcksel 42-44, handelsübliches Heu 93-102, gutes Heu 103-114, Kleehen 130 bis 140 Mark.

Aus Stadt und Land.

Brand eines Baumwollagerd in Australien. In Sidney ist ein großes Baumwollager, in dem vorwiegend beste Qualitäten aufgestapelt waren, durch Feuer vernichtet worden. Der Schaden beträgt mehrere Millionen Pfund Sterling. Man nimmt an, daß die Preise hierdurch beeinflusst werden.

Kleine Nachrichten.

- Da die Wasserleitung bei den letzten Erdbeben zerstört wurde, ist Tokio seit Tagen ohne Wasser.
- In Balfest bei Andofstadt wurde eine Geheimversanderei entdeckt, in der täuschend nachgeahmte Tabakwaren hergestellt wurden.
- In Hamburg befinden sich zwei neue Passagierdampfer der Hamburg-Amerika-Linie im Bau. Die Direction hat beschlossen, die beiden neuen Dampfer „Albert Ballin“ und „Deutschland“ zu nennen.
- Wegen Geschäftsplionage in Weinhelm (Verstrafe) wurde ein österreichischer Oberst verhaftet.

Gerichtssaal.

Milionenstrafe für Steuerhinterziehung. Wegen eines hundertjährigen Geschäftsmanne sprach das Finanzamt nahe in Baden wegen Steuerhinterziehung einen Strafbescheid von 1 600 000 Mark aus. Dazu kommen noch nachzahlende Steuern für die für verfallen erklärten Vermögensteuern mit 1,5 Millionen Mark.

Todesurteil gegen einen russischen Kriegsgefangenen. Das Raumburger Schwurgericht, das soeben den Arbeiter Schinkel wegen Erschießung eines Gefängniswächters zum Tode verurteilt hat, verurteilte jetzt den ehemaligen russischen Kriegsgefangenen Josef Krastinowitsch aus Reumark zum Tode. Er war beschuldigt, seinen Arbeitsgenossen Wampa ermordet zu haben, mit der Absicht, ihn zu berauben, ohne daß er das gut verdiente Geld gefunden hätte.

Lokales.

Die Versicherungspflicht für Privatangehörige. Der Reichstag hat soeben in 1., 2. und 3. Lesung einstimmig den Entwurf eines Gesetzes über Änderungen in der Krankenversicherung angenommen. Hiernach wird der Grundlosh, nach dem die Versicherungsleistungen zu bemessen sind, von 24 auf 40 Mark erhöht. Die Vorstände der Krankenkassen haben die Berechnung, durch die Erhöhung dieses Betrag bis auf 80 Mark zu erhöhen. Bedenklicher noch ist die Befürchtung,

Wichtig. Bonanz der Privatangehörigen vom 1. Januar 1922 ab bis zu einem Jahresarbeitsverdienst von 140 000 Mark der Versicherungspflicht unterliegen. Für die zahlreichen Privatangehörigen, die bisher nicht versicherungspflichtig waren, hat der Gesamtverband deutscher Angestelltenvereine, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 26, eine Auskunftsstelle eingerichtet. Die Auskünfte werden gegen Rückporto kostenlos erteilt.

Erleichterung im Auslandsreiseverkehr. Reisende nach dem Auslande klagen häufig über Zeitverlust, Zugversäumnisse und sonstige Unbequemlichkeiten, die sie auf den Grenzbahnhöfen infolge der zollamtlichen Ausgangsabfertigung erleiden. Um diesen Unzulänglichkeiten nach Möglichkeit abzuhelfen, hat der Reichsfinanzminister zugelassen, daß das nach dem Auslande bestimmte Reisegepäck bereits beim Eintritt der Reise im Innern zollamtlich vorabgefertigt wird.

Wiederholte ist die deutsche Geschäftswelt darauf aufmerksam gemacht worden, daß es nicht nur unwürdig, sondern auch geschäftlich schädlich ist, wenn sich deutsche Firmen von Deutschland aus an deutsche Firmen im Ausland in einer Sprache wenden, die nicht ihre Heimatsprache oder wenigstens die Sprache des Landes ist, in dem die betreffende Firma wohnt. Dem Verband deutscher Reichsangehöriger in Mexiko wurde ein in französischer Sprache und dazu noch in einem recht schlechten Französisch abgefaßtes Schreiben übermittelt, das an eine deutsche Firma in Mexiko gegangen ist. Der Verband bringt im Namen der betreffenden deutschen Firma zum Ausdruck, wie sehr sich die deutsche Firma durch ein derartiges Vorgehen geschadet habe. Es kann nicht dringend genug wiederholt werden, daß deutsche Firmen an deutsche Firmen im Ausland deutsch schreiben müssen.

Geldlotterie für Heimatvertriebene Schriftsteller. Die preussischen Minister des Innern und der Finanzen haben dem Reichsverband der Deutschen Presse die Genehmigung zur Veranstaltung einer Geldlotterie zur Wiedererlangung eines je schwer zu erringenden Lebensunterhaltes für notleidende, vor allem heimatsvertriebene Verbandsmitglieder und deren Hinterbliebene erteilt. Ausgegeben werden 300 000 Lose zum Preise von 5 Mark für das Stück. Die Ziehung dieser Geldlotterie soll vom 11. bis 13. April 1922 in Berlin stattfinden.

Schloß Damerow.

Ein Familienroman von Erich Knapp.

(43. Fortsetzung.)

„Nein. Er hat mich nicht gereizt, konnte mich wirklich nicht reizen,“ kam es klar und fest von seinen Lippen.

„Das glaube ich nun doch nicht.“

„Wenn du die Verhältnisse so kennen würdest, wie ich sie kenne, würdest du es glauben müssen.“

„Das verstehe ich nicht. Von welchen Verhältnissen sprichst du?“

„Von den Vermögensverhältnissen des Wittergutes Lamerow.“

„Die hältst du für schlecht?“ Agnes sagte es förmlich während.

„Nun, gut sind sie keineswegs. Damit wollen wir aber diesen Gegenstand verlassen. Uebrigens muß ich jetzt fort. Da hinten ist ein Gewitter im Anzug. Ich habe es schon längere Zeit beobachtet. Es will mir nicht gefallen.“

Kohlrausch war von der Bank aufgesprungen und eilte in längen Sägen auf dem kürzesten Wege quer über den Rasen direkt nach dem niedrigen Hause, den er gewandt überkletterte. Gleich darauf hörte man seine Kommandostimme auf dem Hof und in den Ställen.

Agnes hatte sich gleichfalls erhoben und schritt dem Schlosse zu, denn der Himmel verdunkelte sich zusehends. Nein! Was ihr Mann da angedeutet hatte, konnte nur ein Schreckschuß sein, um sie zu demütigen. Es war ja unglücklich. Papa hatte doch erst unlängst die große Summe aus den Landverkäufen vereinnahmt und damit viele Schulden beglichen. Das war doch eine Verbesserung der Vermögenslage und keine Verschlechterung.

Hinter ihr, neben dem Partgitter kam ein Weiter dahergesprengt. Es war der Baron. Agnes konnte ihn nur beobachten. Seine angstverzerrten Züge verrieten nichts Gutes.

„Kohlrausch,“ rief er schon von weitem, „ich glaube, heute ist der Teufel los. Werken Sie nicht auch, wie kalt es plötzlich wird? Da liegt Hagel in der Luft. Posse Sie auf.“ Er sprang schnell ab. Das Pferd wurde in den Stall geführt.

„Freilich gibt's Hagel, Herr Baron.“

„Großer Gott! Und meine Saaten, meine Saaten! Hätte ich doch nur Jären Rat befolgt.“

„Ja, es wäre besser gewesen. Aber vielleicht läuft's doch noch mal gnädig ab.“

„Nein, Kohlrausch, diesmal nicht. Ich habe so etwas wie eine böse Vorahnung. Schon die ganzen Tage läßt's mir keine Ruhe. Kommen Sie näher, ich muß mich auf Sie stützen.“ — „Da, da, da — nun fängt's ja auch schon an. Hören Sie das Säusen? Unheimlich, teuflisch, nicht? Uii, uii, wie es prasselt! Allmächtiger, weiche Schloßen! Ich kann — es nicht mit — anheben. Bringen Sie mich hinaus. Ich — ich — werde schwach.“

Nur mit Mühe konnte ihn Kohlrausch zu seinem Arbeitszimmer geleiten. Hier legte sich der Baron auf Sofa und schloß die Augen. Traußen aber bombardierte der Himmel die Fenstercheiben unaufhörlich mit Hagelkörnern, die häufig die Größe von Haseknäulen hatten. Es war eine grauliche Musik für die Ohren des Schloßherrn, denn er hatte in diesem Jahre trotz Antrates von Kohlrausch keine Versicherung gegen Hagelschaden abgeschlossen, hatte überdies den Getreidebau auf den größten Teil seiner Ländereien ausgedehnt, um durch den späteren Mehrverkauf einen noch erheblicheren Gewinn zu erzielen, wie ihn das verlorene Jahr gebracht.

Von beiden Projekten hatte Kohlrausch den Baron abzubringen versucht, aber es war ihm nicht gelungen. Und nun war das Unglück da.

Eine Bierstunde hielt das Unwetter an. Dann stürzte sich der Himmel wieder auf.

„Kohlrausch,“ rief der Baron schwach, „reiten Sie die Felder ab und bringen Sie mir Bericht. Ich selber kann es nicht. Ich glaube, mich rührt der Schlag, wenn ich die schönen Saaten alle am Boden liegen sehe.“

Als Kohlrausch nach einer Stunde zurückkehrte, war aus seinem Gesicht alle Farbe gewichen. Wie ein Bantrouteur stand er vor dem Baron und meldete mit betteter Stimme, daß die Befürchtungen eingetroffen, die sämtlichen Saaten erschlagen seien.

„Mein Ruin, mein Ruin!“ wimmerte der Baron. „Lassen Sie sich vor meinem Kinde, vor meiner Tochter, nichts merken, wie furchtbar mich Gott gestraft hat. — Ich weiß gar nicht, was für.“

„Lassen Sie sich vor meinem Kinde, vor meiner Tochter, nichts merken, wie furchtbar mich Gott gestraft hat. — Ich weiß gar nicht, was für.“

Der Hagelschlag war der unheilvollste seit Jahrzehnten gewesen und hatte einen derartigen Schaden in einzelnen Landteilen verursacht, daß die Provinz sich genötigt sah, den besonders Bedrängten, namentlich den Unversicherten, erhebliche Unterstützungen zu gewähren. Auch das Gut Lamerow erhielt einen bedeutenden Betrag angewiesen, so daß der Verlust für den Baron nicht so erheblich war, wie er von vornherein hatte befürchten müssen. Aber er hatte von jetzt an kein Vertrauen mehr zu seinem Urteil und unternahm nichts, was nicht auch von Kohlrausch gutgeheißen wurde.

Agnes war durch diesen Vorfall aus ihrer ruhigen Sicherheit ausgerüttelt worden. Wenn sie auch von dem wahren Stand der Dinge unmittelbar nichts erfuhr, so hatten doch die Andeutungen ihres Mannes und das hinfallige Wesen ihres Vaters, das sie seit dem Hagelschlag beobachten konnte, ihr in gewissen Grenzen die Augen geöffnet. Dennoch vermochte sie sich nicht in ihre Rolle als Frau des Inspektors Kohlrausch hineinzufinden. Der Mangel an häuslichen Pflichten ließ ihr nach wie vor viele Stunden zur Mühe übrig.

Was es keine Möglichkeit, die Ketten wieder abzuschütteln, an die sie geschmiedet war? Gewiß, eine Scheidung hätte sie von ihrem Manne befreit; eine solche würde unter normalen Verhältnissen auch auf irgendeine Weise durchzusetzen sein. Aber bei ihr lagen eben keine normalen Verhältnisse vor. Es stand das an Hinrichten begangene Verbrechen dazwischen, das sie angestiftet hatte und dessen Mitwisser ihr Mann geworden war. Nur unter Preisgabe dieses Geheimnisses konnte sie die Fesseln lösen, die sie mit ihrem Manne verknüpften. Sie mußte sich selbst brandmarken als Anstifterin eines Verbrechens, wurde womöglich mit einer entehrenden Freiheitsstrafe bedacht und war dann eine Gedächte, von der sich die Welt schäudernd abwandte. Ihrem Vater würde sie damit den Todesstoß verfeilt haben. Diese Lösung war mithin nicht gangbar für sie.

Wenn eine solche überhaupt möglich schien, mußte sie auf anderen Wegen gesucht werden.

„Über auf welchem?“

„Nun? Konnte sie nicht selbst?“

Ihre Hände zitterten, ihr Gesicht nahm einen demoniischen Ausdruck an.

„Nein! Das nicht! Niemals! rief es in ihr. Du willst in den Augen der Welt besondere Achtung beanspruchen und schreckst nicht davor zurück, im geheimen, wo es niemand gewahr wird, dich abermals mit solchen teuflischen Gedanken zu befallen, die dich entehren? Die dir erneutes Unglück, erneute Schmach, ja gerechte Sühne bringen könnten vor dem weltlichen Richter? Ist es schon so weit mit dir gekommen, daß du solch verwerfliche Handlung in den Bereich deiner Erwägungen ziehst? Gift wollest du ...“

Aber ihre bösen Instinkte ließen sich nicht so schnell verdrängen, wie sie gekommen. Sie raunten ihr zu: Scheinheiligkeit! So glaubst du dich selbst zu belügen? Hast du nicht schon ein Verbrechen auf deinem Gewissen? Haben dich die Leute darum weniger geachtet? Es kommt doch nur darauf an, daß nichts entdeckt wird. Deshalb sei vorsichtig und schlau. Führe aus, was du für richtig hältst; befreie dich von dem Tyrannen; schüttele deinen Mitwisser und Bedrücker ab. Er hat es verdient, denn nur mit Arglist hat er dich an sich gebracht.

Unaufhörlich bekämpften sich in ihr zwei Strömungen, von denen zeitweise die eine und dann die andere die Oberhand behielt, je nach der Stimmung und Verfassung, in der sie sich gerade befand. Die Aussicht, vielleicht in nicht allzu ferner Zeit wieder vollständig willensfrei zu sein, erhöhte ihren Widerstand den sie ihrem Manne in entscheidenden Augenblicken von jetzt an entgegensetzte.

So wurde das Geleben für beide Teile unglücklich. Möglicherweise hätten bei Agnes in der Folgezeit die bösen Instinkte den Sieg davongetragen, wenn nicht ein Ereignis eingetreten wäre, das allen überaus rasch kam und das Seelenleben der ehemaligen Baroness auf eine ganz andere Bahn drängte.

Es war wieder Herbst geworden. In Weisenstein, in der Nähe des Brückensalles, wurden die großen Fabrikbauten in Angriff genommen, die die Firma Owerblet & Cie. zu Hamburg ausführen ließ. Sie hatte an dem Projekt der industriellen Ausnützung des Wasserfalles teilgenommen, einmal, weil die Kaufabschlüsse ihres Betreibers Hinrichsen mit der Hälfte der gesamten Interessenten, nämlich den Weisensteiner Bauern, alle rechtsgültig waren, das andere Mal aber weil das Unternehmen, trotz der erlittenen Einbuße ihr immer noch lukrativ genug erschien, um auf der Ausföhrung zu beharren. Für die Bauhandwerker: Maurer und Himmerleute, waren im Steinbruch Baraden errichtet worden, die zur Unterkunft und Beföstigung dienten. In der freien Zeit, an den Feiertagen, sah man deshalb häufig größere oder kleinere Trupps von Handwerkern, die alle von auswärts stammten, am Wasserfall oder im Steinbruch ihr Wesen treiben. Wo seit Jahren keine Menschenfüße sich hinverirrt hatte, da tauchten jetzt einzelne Waghalsige und sehr Borsichtige auf, um ihre Reugierde zu befriedigen oder sich von ihren Genossen bewundern zu lassen.

(Fortsetzung folgt.)

Gemeindeverbands-Spar- und Girokassa Schmiedeburg. Expeditionszeit: Montag bis Freitag vormittags 8-1 und nachmittags 3-5 Uhr, an Tagen vor Sonn- und Festtagen von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags.

Volkshilfsbibliothek Dippoldiswalde. Rathaus, 2. Stodwert, Zimmer Nr. 18. Expeditionszeit: Montag bis Freitag vormittags 8-1 und nachmittags 3-5 Uhr, an Tagen vor Sonn- und Festtagen von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags.

Volkshilfsbibliothek Dippoldiswalde. Rathaus, 2. Stodwert, Zimmer Nr. 18. Expeditionszeit: Montag bis Freitag vormittags 8-1 und nachmittags 3-5 Uhr, an Tagen vor Sonn- und Festtagen von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags.

Volkshilfsbibliothek Dippoldiswalde. Rathaus, 2. Stodwert, Zimmer Nr. 18. Expeditionszeit: Montag bis Freitag vormittags 8-1 und nachmittags 3-5 Uhr, an Tagen vor Sonn- und Festtagen von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags.

Volkshilfsbibliothek Dippoldiswalde. Rathaus, 2. Stodwert, Zimmer Nr. 18. Expeditionszeit: Montag bis Freitag vormittags 8-1 und nachmittags 3-5 Uhr, an Tagen vor Sonn- und Festtagen von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags.

Volkshilfsbibliothek Dippoldiswalde. Rathaus, 2. Stodwert, Zimmer Nr. 18. Expeditionszeit: Montag bis Freitag vormittags 8-1 und nachmittags 3-5 Uhr, an Tagen vor Sonn- und Festtagen von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags.

Volkshilfsbibliothek Dippoldiswalde. Rathaus, 2. Stodwert, Zimmer Nr. 18. Expeditionszeit: Montag bis Freitag vormittags 8-1 und nachmittags 3-5 Uhr, an Tagen vor Sonn- und Festtagen von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags.

Volkshilfsbibliothek Dippoldiswalde. Rathaus, 2. Stodwert, Zimmer Nr. 18. Expeditionszeit: Montag bis Freitag vormittags 8-1 und nachmittags 3-5 Uhr, an Tagen vor Sonn- und Festtagen von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags.